

Die Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Notenstecher, Notendrucker und verwandte Berufe.

Publikations-Organ des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen, des deutsch. Senefelder Bundes und der deutschen Vereine des Auslandes.

<p>Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Fig.-Katalog Nr. 2573.) Für die Länder des Weltkongresses Mk. 1.25.</p>	<p>Redaktion und Expedition. Redaktion, Druck und Verlag: Konrad Wähler, Schützen-Weipzig, wochn alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Gelbbeträge zu senden sind. Redaktionschluss: Dienstag.</p>	<p>Insertion. Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Verbringung der Abonnementquittung, sowie Vereinsangelegenheiten 10 Pf. Beilagen nach Uebereinstimmung.</p>
---	--	---

Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zum 3. Quartal, 1. Juli bis 30. September d. J. haben folgende Städte noch keine Abrechnung eingekandt: **Braunschweig, Dresden, Hanau, Lahr, Länderscheid, Heilbronn, Oberkohan, Schlettan und Würzburg.** Von Heilbronn fehlt noch die Abrechnung vom 1. April an. Wir ersuchen um sofortige Zufendung dieser Abrechnungen, da in acht Tagen Abrechnung stattfindet.

In dem Artikel „Vertragsverhöhung und Arbeitslosenunterstützung“ der vorigen Nummer hat sich auf Seite 22, 2. Spalte ein Fehler eingeschlichen, es muß unten heißen anstatt 50 Pf. 40 Pf. Beitrag. — Dieser Satz würde demnach heißen:

„Wenn sich die Mitglieder für eine Vertragsverhöhung von 40 Pf. pro Woche aussprechen, kann an Arbeitslosenunterstützung 60 Pf. pro Woche, sechs Wochen lang gezahlt werden, bei 50 Pf. ungefähr die Hälfte mehr Arbeitslosenunterstützung.“

Zur Urabstimmung über diese Vertragsverhöhung sind an alle Städte Abstimmungslisten gesandt und zwar sind die großen Listen für männliche und die kleinen für weibliche Mitglieder. Solche Mitglieder, welche gegen Arbeitslosen-Unterstützung und gegen Vertragsverhöhung sind, stimmen auf Frage 1—3 mit nein. Wer ohne Arbeitslosen-Unterstützung eine Vertragsverhöhung wünscht, stimmt bei Frage 1 mit ja, bei Frage 2 und 3 gar nicht. Wer für Arbeitslosen-Unterstützung ist, stimmt bei Frage 2 oder 3 mit ja. Andere Abstimmungen als diese sind unzulässig, daher ungültig, weil sonst falsche Schlüsse entstehen. Frage 4 bitten wir ebenso genau auszufüllen, damit auch hierüber eine Uebersicht möglich ist. Diese Abstimmung bitten wir umgehend vorzunehmen und uns die Listen bis spätestens den 5. März zurückzusenden, an diesem Tage wird die Abstimmung veröffentlicht. Wir bitten genau darauf zu achten, daß jedes Mitglied (insbesondere auch die reisenden) nur einmal abstimmt und zum Zweck der Kontrolle die Buchnummer angelegt. Die Abstimmung der weiblichen Mitglieder geschieht ebenfalls wie oben, nur ist die Abstimmung auf Frage 1 und 2 beschränkt.

Wir senden ferner an alle Städte Agitationsbroschüren gratis zur Verteilung und bitten wir dafür zu sorgen, daß diese Broschüre möglichst jeder Arbeiterin zum Lesen gegeben wird. 1—2 Exemplare bitten wir für die örtlichen Bibliotheken zu verwenden.

Der Vorstand.

Aufruf!

Wie durch Bericht in der „Gr. Pr.“ bekannt gegeben, findet Anfang August d. J. in Bern der zweite internationale Kongress der Lithographen, Steindrucker und Verlagsbesitzer statt. Die Gründe für die Notwendigkeit dieses Kongresses sind in den

letzten zwei Jahren immer deutlicher zu Tage getreten. Man braucht nur an unseren Streik von 1896 zu denken und an den vor kurzem beendeten Streik der englischen Maschinenbauer. Gegenüber den internationalen Vorkehrungen der Unternehmer auf wirtschaftlichem Gebiete ist es eine Pflicht der deutschen Kollegen, sich mit den ausländischen Kollegen, ohne Unterschied der Nationalität, zu verständigen und immer nähere Fühlung zu nehmen. Hierdurch kann und wird nur die Arbeiterklasse gewinnen und ihre Verhältnisse verbessern.

Dies vorausgeschickt, beschloß die am 7. Febr. 1898 in Berlin stattgefundene öffentliche Versammlung, den zweiten internationalen Kongress durch drei Delegierte zu beschicken. Die Versammlung nahm an, daß von den drei Delegierten je einer für Süd-, Mittel- und Norddeutschland gewählt wird. Für Norddeutschland ist Kollege R. Schöple, Berlin, einstimmig vorgeschlagen worden.

Zur Entgegennahme von Vorschlägen, welche Bezug auf vorstehendes haben, sowie zur Regelung der ausübierenden Mittel und Herbeiführung der Urabstimmung wurde eine Kommission aus 5 Kollegen bestehend, gewählt. Da nun im Interesse der ganzen Angelegenheit eine Zentralfelle vorhanden sein muß, so ersuchen wir die Kollegen, die Unterzeichneten als solche anzuerkennen und sämtliche Anfragen, Zusendungen etc. an Kollegen W. Brall, Berlin N., Wollinerstraße 9 zu senden.

Wir ersuchen nun die Kollegen, in sämtlichen Orten so schnell wie möglich öffentliche Versammlungen einzuberufen, welche sich mit diesem Thema befassen und uns die gefaßten Beschlüsse bis spätestens 1. April einzusenden.

Kollegen! Wiewohl noch genug für unsere eigene Organisation agitiert werden muß, so wollen wir nicht zurückstehen gegen unsere Kollegen im Auslande, wir wollen das eine thun und das andere nicht lassen. Auf diesem zweiten internationalen Kongress handelt es sich darum, die auf dem Londoner Kongress gefaßten Beschlüsse zu einer praktischen Bedeutung zu verhelfen und der Kollegschaft einen stärkeren Rückhalt in den Bestrebungen zur Verbesserung ihrer Lage zu geben. Darum frisch ans Werk!

Mit kolleg. Gruß
Die Fünfer-Kommission
W. Brall, Steindr.; F. Bräutigam, Präger; Frl. Siegesmund, Anlegerin; Ch. Tischendörfer, Lithogr.; E. Weylopf, Tapetendrucker.

An die Kollegen des Niederrheins.

Wie die Kollegen des Niederrheins durch den Mund ihrer Delegierten erfahren haben werden, wurde auf unserer Konferenz, welche kurz vor Weihnachten in Düsseldorf tagte, unter anderem der Beschluß gefaßt, daß eine Kommission gewählt werden sollte, die die Agitation unter den indifferenteren Kollegen des niederrheinischen Bezirks leiten solle. Die Wahl

desjenigen sollte in den beiden Städten Eibersfeld-Barmen vorgenommen werden. In der letzten öffentlichen Versammlung der Kollegen Eibersfeld-Barmens wurde nun obigem Beschluß Rechnung getragen; das somit gewählte Komitee hat sich wie folgt konstituiert: 1. Vorl. Gust. Kalbfleisch, Eibersfeld, Oberstr. 27; 2. Vorl. Ernst Dröner, Eibersfeld, Neustraße 60; 3. Kass. Wihl. Lünenbürger, Barmen, Viktoriastr. 35; Schriftf. Ernst Markus, Barmen, Heddingstr. 109.

Kollegen! Das Komitee ist sich der ihm gestellten Aufgabe voll und ganz bewußt; es weiß, daß es noch hunderte von Kollegen giebt, welchen die Augen geöffnet werden müssen, die bisher ein willenloses Werkzeug der Profitsucht ihrer Arbeitgeber waren. Diese aus ihrer alten lethargie herauszureißen und zu denkenden Arbeitern zu machen, die sich als gleichberechtigtes Glied der Gesellschaft betrachten, ist eine schöne aber schwere Aufgabe. Das Komitee gedenkt durch Flugblattverbreitung zu geeigneter Zeit in den einzelnen Orten, sowie durch Abhaltung von öffentlichen Versammlungen nach dieser Richtung hin zu wirken. Um unser Ziel zu erreichen, bedürfen wir vor allem der Mithilfe der organisierten Kollegen. Wir bitten daher die Kollegen, uns über alle Vorkommnisse der einzelnen Orte in Kenntnis zu setzen, sowie uns mit all dem Material zu versehen, was Ihnen geeignet erscheint, unter den uns noch Fernstehenden agitatorisch zu wirken.

Und nun Kollegen frisch ans Werk, dann werden die Früchte unserer Tätigkeit nicht ausbleiben. Hoch die Solidarität!

Gelder sind an den Kassierer, alle Urlese und Korrespondenzen an den Schriftführer zu richten.

Zur Frage d. Arbeitslosenunterstützung.

Br. Seitdem der 1896 er Berliner Gewerkschaftskongress eine für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung prinzipiell freundliche Stellung eingenommen hat, ist der Streit darüber, ob durch diese Unterstützung die Gewerkschaften in ihrer Klassenkampfnatur beeinträchtigt werden, entschieden zurückgedämmt worden. Um so lebhafter aber entbrannt er von Neuem über die sekundäre Frage, ob und mit welchen Opfern diese Unterstützung durchführbar ist, und diese Frage läuft in in letzter Hinsicht auf denselben alten Prinzipienstreit hinaus, je nachdem sie in günstigen oder ungünstigem Sinne entschieden werden muß. Denn es ist ja bekannt, daß die Arbeitslosigkeit Gefahr unter den einzelnen Berufen recht verschiedener Höhe ist, und daß der einen Organisationsform aus dieser leichtetragliche und einer anderen unerschwinglich hohe Kosten erwachen. Wo aber letzteres zutreffen würde, da ist allerdings die prinzipielle Frage gerechtfertigt, ob eine Organisation, deren regelmäßiger Beitrag zu dem Einkommen der Berufsgenossen in keinem Verhältnis steht, nicht an Werbekraft mehr verliert, als sie durch die Arbeitslosenunterstützung gewinnt. Darauf läuft auch in der Regel die Ar-

umentation der Gegner dieser Unterstützung hinaus, und wo ihnen die Tatsachen Recht geben, da muß sich eben der lebhafteste Befürworter ins Unabänderliche fügen.

Aber gerade hinsichtlich der Berechnung der Kostenfrage werden auf beiden Seiten Fehler gemacht, weil jeder ein seiner Meinung entsprechendes Resultat herausrechnen will. Die Einen glauben, mit einer geringen Beitragserhöhung ungeheures Geld füllen zu können, und die anderen können sich der agitativen Verwertung der Arbeitslosigkeit nicht entschlagen und malen schwarz in schwarz, indem sie die ungünstige Lage anderer Berufe prüfungslos auf den eigenen Beruf übertragen. Am meisten trägt natürlich der Mangel eines ausreichenden statistischen Materials zu diesen unmaßgeblichen Schätzungen bei, denn Gewerkschaftsstatistiken werden selten veranstaltet und sind nicht immer verwertbar. Sind doch selbst Erhebungen, die eigens zu dem Zwecke der Materialsammlung zur Frage der Arbeitslosenunterstützung veranstaltet worden, nahezu ergebnislos verlaufen, wie die des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1896. Da bleibt denn der Schätzung ein weites Feld und schließlich muß es doch der Erfahrung überlassen bleiben, ob sie das Richtige traf.

Im Nachfolgenden sei versucht, die Kostenfrage der Arbeitslosenunterstützung für die lithographischen und verwandten Berufe auf Grund der Ergebnisse der beiden 1895er Reichs-Arbeitslosen-Zählungen zu lösen. Diese Zählungen, die am 14. Juni und am 2. Dezember 1895 stattfanden, weisen den Vorteil einer Sommer- und einer Winterzählung auf, durch deren Vergleich sich die Arbeitslosigkeitschwankungen des Jahres leichter übersehen lassen. Leider sind die Zähltermine nicht für alle Berufs-Typen des Höchst- und Tiefstandes, weil es überhaupt keinen einheitlichen Hoch- und Tiefstand aller Berufe gibt. Soweit also die Zähltage für gewisse Berufe nicht maßgebend sein können, muß von ihrer Verwertung abgesehen werden. Ein weiterer Nachteil ist, daß die Zählungsergebnisse bloß Momentbilder der betreffenden Zähltage darstellen; immerhin läßt sich dieser Mangel einigermaßen ausgleichen, wie im weiteren dargezogen werden soll. Mit diesen Vorbemerkungen wollen wir den Zählungsergebnissen selbst näher treten.

Die nachfolgende Tabelle veranschaulicht die absoluten und relativen Arbeitslosigkeitskoeffizienten der 3 Branchen: Stein- und Bindrud., Kupfer- und Stahlrud. und Farbdendrud.; sämtliche Zahlen beziehen sich auf die gelehrten und ungelehrten Arbeiter, ausschließlich der Hausindustriellen und Angestellten, aber einschließlich der Lehrlinge, die die Berufsstatistik nicht besonders auszeichnet.

Branchen:	Zahl der Arbeiter	Am 14. Juni 1895 waren arbeitslos		Am 2. Dezember 1895 waren arbeitslos	
		absol.	%	absol.	%
Stein- u. Bindrud.	21066	516	2,45	507	2,41
Kupfer- u. Stahlrud.	1270	40	3,15	23	1,81
Farbdendrud.	1457	23	1,58	32	2,19
Zusammen	23793	579	2,43	562	2,36

Es kamen in allen 3 Berufen auf je 100 Arbeiter im Sommer 2,43, im Winter 2,36 Arbeitslose. Nehmen wir an, die beiden Zähltage seien zugleich typisch für diese Berufe, sodas ihr gemeinsamer Mittelpunkt einen Durchschnittstag der jährlichen Arbeitslosigkeitsfrequenz entspräche (in Wirklichkeit können sowohl höhere, als auch tiefere Zahlen vorkommen), so wäre das Durchschnittsverhältnis der amtlichen Arbeitslosenzählung 2,40 Arbeitslose pro 100 Arbeiter. Dies entspräche zugleich der Arbeitslosigkeitsquote im Durchschnitt für jeden einzelnen Tag im Jahre, da höhere und tiefere Schwankungen sich gegenseitig ausgleichen würden. Ehe wir aber diesen Prozentsatz auf die Organisation übertragen, muß berücksichtigt werden, daß die Arbeiterzahl auch die Lehrlinge umfaßt, für welche die Arbeitslosigkeit fast nie in Frage kommt, und daher auszuschließen wären. Die genaue Zahl der Lehrlinge ist nicht bekannt; rechnen wir jedoch dafür $\frac{1}{5}$ der Arbeiter (auf je 5 Arbeiter 1 Lehrling), so wird derselben Genüge geleistet sein. (? Die Debatton.) Dann bezöge sich die Arbeitslosigkeit nur noch auf 19838 Arbeiter, wonach im Sommer 2,91, im Winter 2,82 und im Jahresdurchschnitt 2,87% Arbeitslose in den

3 Branchen gezählt waren. Das wäre die ständige Tagesquote, mit der die Organisation zu rechnen hätte. Nach der 1896er Gewerkschaftsstatistik hatten die Lithographen und Steindruckr. 5268 Mitglieder. Bei einer Zunahme auf 6000 wären darnach im täglichen Durchschnitt 172 Arbeitslose dauernd zu unterstützen, bald mehr, bald weniger, je nach der Marktlage, aber doch im Durchschnitt diese Zahl.

Aber die Reichszählung machte keinen Unterschied zwischen der Arbeitslosigkeit am Orte und derjenigen auf Reise. Da die Organisation aber bereits die reisenden Kollegen unterstützt und schwerlich gesonnen ist, diese Unterstützung aufzuheben, (denn die Reiseunterstützung betrifft ja meist jüngere, ledige Arbeiter und ist bedeutend billiger), so muß ein dem Reisendenkontingent entsprechender Teil von Arbeitslosigkeitsfrequenz abgerechnet werden. Das Verhältnis zwischen der Arbeitslosigkeit am Orte und der auf Reise ist in einzelnen Berufen sehr verschieden und auch nicht alle Jahre das gleiche. Bei den Buchdruckern war längere Zeit die Reisefrequenz höher, als die örtliche Arbeitslosigkeit. Indeß steigt keinerlei Grund vor, ein so günstiges Verhältnis für die Lithographen anzunehmen. Rechnen wir im Gegenteil auf jeden Reisenden 2 örtliche Arbeitslose, so würde sich der Tagesstand der örtlichen Arbeitslosigkeit auf 115 vermindern, die tagaus, tagein zu unterstützen wären und eine Gesamtarbeitslosigkeit von 35995 oder rund 36000 Tagen (das Jahr zu 313 Tagen gerechnet) repräsentieren. Diese Gesamtarbeitslosigkeit, auf die 6000 Mitglieder verteilt, würde jedes Mitglied mit 6 arbeitslosen Tagen im Jahr belasten und nach dieser Arbeitslosigkeit pro Kopf berechnen sich die Kosten der Unterstützung.

Für die Kosten der Unterstützung sind maßgebend deren Höhe und Dauer, sowie die vorzusehenden Karenzbeschränkungen. In einer Organisation, der das Unterstützungsweesen nicht Selbstzweck, sondern nur eine Beihilfe für in Not geratene Mitglieder sein soll, muß ein Mittelweg zwischen ausreichender Höhe und exträtäglicher Belastung gefunden werden. Erste Vorbedingung ist, daß die Leistungen der Arbeitslosenunterstützung sich nicht allzu hoch über die der Reiseunterstützung erheben, weil sonst der Anreiz der ersteren wächst und die meisten Arbeitslosen es vorziehen, am Orte zu bleiben. Aber etwas höher als die Reise muß die Arbeitslosenunterstützung doch sein, da sie zumest Verheiratete betrifft, denen die Arbeitslosigkeit tiefere Wunden schlägt. Da es jedoch schwer angängig ist, die Reiseunterstützung gänzlich auf die Ledigen und die Arbeitslosenunterstützung auf die Verheirateten zu beschränken, so muß ein Ausgleich in anderer Weise bewirkt werden, und das geschieht am besten durch eine 7 tägige Arbeitslosigkeitskarenz, wonach die Unterstützung erst vom 8. Tage der Arbeitslosigkeit ab gezahlt wird. Dies schützt zugleich die Organisation vor Überlastung durch die große Masse der kleinen Ansprücher wegen vorübergehender Konditionslosigkeit. Wenn diese Maßregel als Härte gegenüber den Arbeitslosen erscheint, dem halten wir entgegen, daß dadurch nur die leichteste Arbeitslosigkeit getroffen wird und daß die Entlastung der Gesamtheit Beschränkungen notwendig macht, denen sich der Einzelne fügen muß. Zu dem recht der letzte Wochenlohn, der in der Regel mehr als doppelt so hoch ist, als die Unterstützung für eine Woche, und die Arbeitslosenunterstützung ist eben keine Versicherung und kann nicht deren Ansprüche genügen. Außer dieser Arbeitslosigkeitskarenz ist noch mit einer Mitgliedschafts- und mit einer Unterstützungs-karenz für Ausgesteuerte zu rechnen. Die erstere soll das Bezugsrecht von einer Mindestdauer der Mitgliedschaft abhängig machen und entspricht dem Prinzip, daß jeder erst Opfer bringen muß, ehe er vom Verein ansehnliche Unterstützungen erhält, die vielleicht den Jahresbeitrag um ein Vielfaches überschreiten, ihre Dauer dürfte mit 1 Jahr angemessen sein. Das Kupon des Unterstützungsanspruches für solche, die im verflorenen Jahre Unterstützung (auch solche auf Reise) bis zur Höchstgrenze empfangen haben, für mindestens ein weiteres Jahr, entspricht dem Gebot der Gerechtigkeit, damit nicht einzelne der Kasse unerträglich zur Last fallen und für Hunderte die Unterstützungsmittel entziehen.

Prüft man den Einfluß dieser Beschränkungen auf die Kosten der Arbeitslosenunterstützung, so muß zunächst die Entlastung der einjährigen Mitgliedschaftskarenz auf mindestens 10% veranschlagt werden; das wäre der Prozentsatz derjenigen Mitglieder, die dem Verein noch nicht ein ganzes Jahr angehören. Von 1895—1896 betrug die ziffermäßige Mitgliederzunahme gar 24%, die Zahl der Neueintretenden wird aber weit größer gewesen sein. Von 1896—1897 wird der Zuwachs nicht so groß gewesen sein, aber der Zuwachs allein ist ja nicht maßgebend, sondern die Zahl der Neueintretenden, die mit 10% nicht zu hoch veranschlagt ist. Da deren Arbeitslosigkeit außer Betracht bleibt, so ist ein entsprechender Abzug gerechtfertigt. Der Einfluß der 7-tägigen Arbeitslosigkeitskarenz kann nur annähernd geschätzt werden. Nach den Zählungen vom Jahre 1895 waren 1—7 Tage arbeitslos: am 14. Juni 10,3%, am 2. Dezember 12,8% der Gesamtzahl; nehmen wir dies als Durchschnittsverhältnis an, so würden persönlich 11 1/2% der Arbeitslosen ausscheiden; materiell würde die Entlastung bei 6 wöchiger Unterstützung, (da die Karenz auch die längere Arbeitslosigkeit trifft) mindestens 14,3% betragen. In Wirklichkeit ist der Prozentsatz weit höher, da ja nicht alle Arbeitslosen 7—11 Wochen arbeitslos sind, sondern im Durchschnitt vielleicht bloß 3—5 Wochen. Diese Ersparnis ist also auf mindestens 15—20% zu berechnen. Geringer ist die Entlastung durch die Höchstgrenze der Unterstützung, die die länger hinausreichende Arbeitslosigkeit unberücksichtigt läßt. Nach der 1895er Zählung trifft sie zwar persönlich mindestens 20% im Durchschnitt, die länger als 13 Wochen arbeitslos waren, aber ihre weiterreichende Arbeitslosigkeitsdauer wiegt nicht die der 80% auf und 5% Entlastung dürften genügend sein. Für diese 20% länger Arbeitslosen käme zugleich im nächsten Jahre das Aufhören jedes Unterstützungsanspruches in Frage, somit auch die Nichtberücksichtigung ihrer Arbeitslosigkeit; indeß wollen wir nicht annehmen, daß diese Ungünstigkeiten in jedem Jahre arbeitslos sein müssen und lassen daher ihre Verwertung außer Betracht. Die Entlastung durch sämtliche Beschränkungen wäre also 10 + 15 + 5% = 30%, so daß von 6 Tagen durchschnittlicher Arbeitslosigkeit 4,2 Tage pro Mitglied zu unterstützen blieben. Je länger die Unterstützungsdauer ausgedehnt wird, desto geringer wird der Einfluß der Beschränkungen und desto mehr nähert sich die Unterstützungsquote dem Durchschnitt der Gesamtarbeitslosigkeit. Bei sechswöchiger Unterstützung kommt nur die Arbeitslosigkeit bis zu 7 Wochen, bei 10wöchiger Unterstützung die bis zu 11 Wochen, bei vierteljährlicher die bis zu 14 Wochen in Betracht.

Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung wäre nun noch von der Höhe der Tagesätze abhängig. Nehmen wir als Minimum pro Tag 1 Mk. bei 10 wöchentlicher Unterstützung (im Höchstbetrage 60 Mk.) an, so müßte bei 4,2 durchschnittlichen Unterstützungstagen Mk. 4,20 pro Kopf und Jahr der Mitglieder aufgewendet werden. Dazu kommt das Mehr an Verwaltungskosten, das die Unterstützung verursacht und das wir nach der 1896er Jahresabrechnung auf 12,5% beziffern; es würde sich pro Kopf auf 60 Pf. berechnen und der Mehraufwand stiege damit auf Mk. 4,80. Diese müßten, sofern nicht andere Verleinsmittel flüssig gemacht werden können, durch Beitragserhöhung aufgebracht werden und es würde sich im Mehrbetrag von 10 Pf. pro Woche = Mk. 4,80 im Jahr notwendig machen, vorausgesetzt, daß 92 1/2% des Mehrbetrags wirklich eingehen. Hierbei ist kein Unterschied gemacht zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern, denn der Prozentsatz der letzteren ist ja außerordentlich gering und nach der Reichszählung ist die Arbeitslosigkeit unter den weiblichen Arbeitern der 3 Branchen geringer, als unter den männlichen; während die Arbeiterinnen 17% der Arbeiterzahl umfassen, waren nur 9% der Arbeitslosen weiblichen Geschlechts. Auch können ja bei weiblichen die Unterstützungsätze, entsprechend ihrer Beitragshöhe vermindert werden. — Wird eine Unterstützungsquote von Mk. 1,50 pro Tag verlangt, so sind 15 Pf. Mehrbeitrag pro Woche nötig, um den Etat aufrecht zu erhalten.

Rechnen wir 10 Pf. Mehrbeitrag = Mk. 4,80 im Jahr, so ergibt dies für 6000 Mitglieder ein Mehr von Mk. 28800 im Jahr. Mit dieser Summe können 1600 K Kollegen mit durchschnittlich 4 wöchiger Arbeitslosigkeit, bzw. 3 wöchig. Unterstützungsdauer oder 1200 K Kollegen mit durchschnittlich 5 wöchiger Arbeitslosigkeit- und 4 wöchiger Unterstützungsdauer unterstützt werden, was einen Arbeitslosenkontingent von 20-26% der Mitglieder entspricht. Da nicht jeder Arbeitslose 4-5 Wochen konditionlos ist, so bleibt ein genügendes Mehr für eine längere Unterstützungsdauer übrig. Damit wird selbst für ungünstigere Jahre gesorgt sein. Die Reichszählung der Arbeitslosen basiert auf einem Jahr, das im Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs stand und darnach wohl als Durchschnittsjahr gelten kann, das nur von sehr ungünstigen Jahren überholt wird. Auch ist bei der vorstehenden Berechnung alles vermieden, was nach einer allzu günstigen Herausrechnung ausfallen könnte; im Gegenteil ist immer das Ungünstigste angenommen und die begünstigenden Entlastungen sind eingehend begründet. Es darf daher angenommen werden, daß die berechneten Kosten auch noch für ungünstigere Jahre ausreichen oder wenigstens einen Fonds für die dahinterliegende Zeit übrig lassen. Machen sich trotz dem Mehrausgaben infolge größerer Schwankungen notwendig, so wird eine aufmerksame Verwaltung bald herausfinden, worauf sie beruhen und wie sie ausgeglichen oder aufgebracht werden können.

China's Erschließung und ihre Folgen.

Die letzten Ereignisse in China haben wieder allerlei Betrachtungen angeregt über die Wirkung einer Erschließung Chinas auf die europäische Wirtschaft- und Arbeiterfrage. Immer mehr geht sich, daß die völlige Öffnung des Landes für den Weltverkehr nicht mehr lange hinausgeschoben werden kann. Ein Vertragshafen nach dem andern wird dem Handel freigegeben, und nachdem sich die chinesische Bahn von Tientsin nach Peking als über Erwarten rentabel erwiesen hat, werden bald von allen wichtigeren Hafenplätzen aus weitere Linien ins Innere folgen. Dazu rückt im Norden Rußland immer weiter mit ihren Bahnbauten vor, in wenigen Jahren wird die Bahn nach Port Arthur in Betrieb sein; von Birma aus wird England in Yunnan, von Tonking aus Frankreich in Kwangsi hineinbauen, und auch Deutschland muß, will es nicht auf die Ausnutzung seines „erprobten“ Gebietes verzichten, in Schantung Schienenwege anlegen.

Borerer richtet sich diese ganze Bewegung auf Erweiterung des schon längst zu eng gewordenen asiatischen Absatzmarktes für die europäischen Industrie. Das dichtbevölkerte alte chinesische Kulturreich kann im Vergleich zu Japan nach Unmassen europäischer und amerikanischer Industrie-Artikel aufnehmen, und dem an fortwährenden Angebotslosen lebenden europäischen Warenmarkt bietet sich hier ein Absatzkanal, der ihm auf einige Zeit seiner Überfüllung entledigt und Platz für neuen Nachschub schafft. Das gilt besonders für die Metalle, Textil- und die chemische Industrie, die schon heute stark am Export beteiligt sind. Der Ausnahmungsprospekt der kleinen Betriebe durch die großen würde in diesen Branchen noch mehr befehligen, das Anwachsen einer großindustriellen Arbeiterklasse verdrängt werden. Die baldige Erschließung des ganzen chinesischen Gebietes liegt deshalb, da sie zur Förderung der großindustriellen Entwicklung Westeuropas beiträgt, auch im Interesse der Arbeiterklasse; denn die Überführung der primitivkapitalistischen in die sozialistische Produktion hat nun einmal, mag auch mancher einzelne noch so hart davon getroffen werden, eine weitere Konzentration der Produktionsmittel zur Voraussetzung.

Aber in je weiterem Maße die Öffnung Chinas dem europäischen Industriemarkt Luft schafft, um so sicherer wird sie später den kapitalistischen Zusammenbruch nach sich ziehen, sobald sich erst in China selbst eine Großindustrie entwickelt, und dieses Resultat wird in China ebenso sicher eintreten, wie es bereits in Indien und Japan eingetreten ist. Das nötige geeignete Menschennaterial zur Einführung des maschinellen Großbetriebes besitzt China nicht minder wie Japan, Wöhne und Lebenshaltung der untersten Schichten sind teilweise noch niedriger, und auch an den erforderlichen Kapitalien fehlt es in den Kreisen der reichen chinesischen Kaufmannschaft der Handelsstädte nicht, und sollte das einzelne Kapital weniger Neigung zur Beteiligung an industriellen Anlagen haben, wie das durch die profitablen Anläufe der japanischen Schuldverschreibungen (simulterale japanische), so werden gerne die europäischen Kapitalisten ausbilden, sobald sich Aussicht auf gute Profite bietet.

Damit soll nicht gesagt sein, daß sich China Falls über Kopf in einen kapitalistischen Strudel stürzen wird. Alte Produktionsformen, jahrtausendalte Arbeitsmethoden werden nicht über Nacht verlassen. Wie in Indien und Japan wird auch in China der Übergang zum maschinellen Großbetrieb sich vorerst nur auf die Fabrikation bestimmter Warenkonsum- und Massenverbrauchsartikel erstrecken, so z. B. auf die Herstellung der heute noch meistens importierten rohen Baumwollen- und Eisenwaren, wie die billigeren für den Export bestimmten Seidengewerbe. Für die kleine Luxus-Exportindustrie, die Stoff- und

Mattenflechterei, die Lack-, Papier- und Fanchartikelindustrie wird zumeist vorläufig noch die manufakturmäßige Produktion bestehen bleiben, nur vielleicht unter Anwendung kleiner europäischer Werkzeugmaschinen und vor allem unter weiterer Berücksichtigung des europäischen Geschmacks. Auch die japanische Export-Manufakturindustrie hat ja in letzter Zeit immer mehr diese Richtung eingeschlagen, indem sie unter Wahrung bestimmter Eigenheimlichkeiten ihre Erzeugnisse mehr und mehr den europäischen Gebrauchszwecken und Geschmacksrichtungen anpaßt. Die reich vergoldeten japanischen Tapeten, mit denen vor wenigen Jahren der englische — zum Teil auch der deutsche — Markt überschwemmt wurde, sind z. B. fast ausschließlich extra für den Export nach englischen und französischen Mustervorlagen gefertigt.

Tritt aber später China mit in die Reihe der kapitalistisch wirtschaftenden Industrieländern, so werden nicht nur der europäischen Industrie wieder die chinesischen Märkte, mit deren Bedarf sie rechnen gelernt hat, sondern auch die heutigen Absatzgebiete in Hinterindien und dem indischen Archipel entzogen, viellecht auch teilweise in Polynesien. Schon jetzt macht die indische und japanische Industrie vielfach in China und Singapur der europäischen den Platz streitig. In einzelnen Artikeln, wie z. B. Baumwollengarnen und Streckbügeln hat sie fast den europäischen Import ganz verdrängt. Während sich die direkte englische Einfuhr in China (d. h. ohne die Importe über Hongkong) in den zehn Jahren von 1887 bis 1897 nur um ca. 74 Proz. (von 25666477 Daitw. Taäl auf 44571387) gehoben hat, stieg die direkte japanische Einfuhr, d. h. ohne die neuerlichen Importe über Formosa, um 105 Proz. (von 5565305 auf 11568671 Daitw. Taäl), und die indische Einfuhr gar um ca. 316 Proz. (von 5537375 auf 23027056 Daitw. Taäl.) Und dieser zunehmenden Konkurrenz der indischen und japanischen Industrie ist noch lange kein Ende abzusehen. Gerade in den letzten paar Jahren ist sie trotz der aufwärts gestiegen und die nächsten 10 Jahre werden uns noch ganz andere Ueberraschungen bringen. Gesellt sich nun zu dieser schon jetzt recht fühlbaren Konkurrenz in Zukunft noch jene des mit reicheren Hilfsmitteln ausgestatteten chinesischen Reiches, so muß es zu Krisen auf dem europäischen Warenmarkt kommen, wie sie unser Jahrhundert bisher nicht gesehen hat. Ein Weiterarbeiten unter den bisherigen Umständen giebt es dann nicht, ein Zurückgehen zu überlebten früheren Produktionsstufen auch nicht, und so bleibt nur die Wahl zwischen völliger wirtschaftlicher Verwilderung oder Fortschritt zur sozialistischen Neuordnung.

Anderer sieht es in der Hoffnung derer, die verleiht durch einzelne herübergebrachte verzerrte Mitteilungen über chinesische Sozialtheorien, in prophetischen Geiste zugleich mit dem Kapitalismus in China eine sozialistische Arbeiterpartei entstehen sehen, die Hand in Hand mit den „Brüdern“ West-Europas dem Sozialismus die Bahn frei machen. Die chinesischen Arbeiterverhältnisse können nicht nach den unsrigen beurteilt werden. Der westeuropäische Sozialismus ist nicht eine Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise schlechweg, die sich notwendig in derselben Weise überall, auch wo sich der Kapitalismus auf ganz anderer Unterlage entfaltet, einstellen muß; er ist vielmehr das Resultat der Wirkung des kapitalistischen Systems auf ganz bestimmte, im natürlichen Entwicklungsengang aus sich selbst heraus geschichtlich entstandenen Wirtschaft- und Gesellschaftsverhältnisse. Das westeuropäische Proletariat ruht auf einer ganz andern Vergangenheit, wie das chinesische. Es ist erst alt und durch die kapitalistische Entwicklung aus dem Handwerker- und Bauernstand hervorgegangen. Früher in seiner Existenz höher gestellt, ist es erst durch die jetzige Produktionsweise seiner vormaligen wirtschaftlichen Selbständigkeit verlustig gegangen und zu einer besitzlosen Klasse zusammengelastet worden. In China dagegen findet die kapitalistische Produktionsweise bereits ein Proletariat vor, das infolge der Zerstörung der alten Grundigentumsformen und stetiger Zunahme der Bevölkerung bei Verharrung auf demselben Standpunkt primitiver technischer Entwicklung zu einer Stufe der Lebenshaltung, der Anpruchslosigkeit, der Benüßbarkeit herabgesunken ist, auf welche der deutsche, französische und englische Arbeiter überhaupt nicht mehr zu existieren vermag. Dieser großen Masse menschlicher Arbeitsmächten, wie sie in den größeren Städten zusammengedrängt lebt, bringt der kapitalistische Großbetrieb keine Entredigung, keine Verleugung ihres Menschens und Persönlichkeitsbewußtseins. Sie können, nachdem sie sich einmal an die neuen Arbeitsverhältnisse gewöhnt, sogar in ihnen eine Erleichterung ihrer früheren Lage finden.

Diese Beharrlichkeit des chinesischen Arbeiters, die ihn noch dort Schätze zu eraparen gestattet, wo der europäische Arbeiter verkommen, macht ihn zum gefährlichen Konkurrenten nicht nur des europäischen, sondern selbst des malaisischen Arbeiters. Anfangs nur die Philippinen heimisch, wo schon zu Anfang des 17. Jahrhunderts die spanischen Behörden gegen sie mit zauderamer Rücksichtslosigkeit vorgehen mußten, haben sich nach und nach die bezoppten Söhne des himmlischen Reiches, teils von den Kapitalisten importiert, teils aus eigenem Trieb, aber ganz Hinterindien, den malaisischen Archipel, Polynesien bis nach Australien, Amerika und das arkanische Kapland verbreitet. Und wo sie sich niedergelassen haben, da haben sie die eingeschleppte Bevölkerung materiell und sittlich herabgedrückt und Lepra und Syphilis eingeschleppt: ein Fluch für das Land, das ihnen Gastfreundschaft gewährte. Nichts kennzeichnet deshalb die Schwärmerlei unserer Agrarier für die „christlich-germanische Kultur“ besser, als der mehrfach in ihren Kreisen aufgetauchte Vorschlag, chinesische Kulis als billige Arbeitskräfte zu importieren. Blickeht werden die Herren auch einzelne Versuche machen, sittliche Bedenken werden sie schweigtlich davon zurückhalten, aber sie

dürften sich gründlich getret haben in dem Widerstand, den sie im deutschen Volke finden werden. Um sich eine solche Verabredung ihrer Lebenslage zur Erhöhung des Untereinkommensproffits oheibischer Patsundenbesitzer gefallen zu lassen, dazu ist doch denn schon die Arbeiterklasse zu mächtig und das Bewußtsein ihrer Interessengemeinschaft zu weit verbreitet. Und in diesem Kampfe würde die Arbeiterklasse nicht allein stehen. Wie in Kalifornien und Australien der Widerstand gegen die Chineseneinwanderung nicht nur von den Arbeitern und der auf sie angewiesenen Kleinbürgerschaft ausgegangen ist, wie dort gerade vielfach die sogenannten gelehrten Berufe die erbittertesten Chinesenfeinde gestellt haben, so würde hoffentlich auch in Deutschland alle jene gegen den Chinesen-Import Stellung nehmen, die nicht wollen, daß das deutsche Volkstum dem pekuniären Interesse einer Anzahl Krautjunker ausgeopfert wird. Besonders die Kleinbürgerschaft hat das größte Interesse daran, daß ihre Arbeiterhandkraft nicht durch Kulis ersetzt wird, die nichts konsumieren und von einigen Händen voll Reis leben. Haben in Amerika und Australien die Regierungen entgegen dem Einfluß der mächtigen Monopolisten und den klaren Grundätzen der Verfassung sich zum Verbot der Chinesen-Einwanderung verstehen müssen, obgleich das Land schon bewohnt ist und es in manchen Teilen an Arbeitskräften fehlt, so wird trotz aller ihrer Härtslichkeit gegen das ostelische Junktum auch die deutsche Regierung sich getragenen Maßnahmen gegen die Konkurrenz der Kulis nicht entziehen können. Auf den Tabak- und Kakaoplantagen der Sunda-Inseln mag das Experiment der Erziehung der anspruchsvolleren einheimischen Arbeiter durch chinesische Kulis angängig sein, in Deutschland könnte es einen Enttäuschungssturm hervorrufen, der den frommen Herren teuer zu stehen käme.

Aber wird, wenn die europäische Industrie vom chinesischen Markt abhängig wird, es möglich sein, gegen die Chinesen-Einwanderung wirksam vorzugehen; wird China nicht mit einer erneuten Abschließung seiner Märkte antworten?

Diese Gefahr ist nicht so groß. Mit der Einfuhr steigt zugleich, wenn auch einmischen nicht im gleichen Verhältnis, die Ausfuhr Chinas. Eine erneute Abschließung der chinesischen Märkte würde daher durch die in der Ausfuhr hervorgerufenen Stodung China selbst schwer schädigen. Außerdem aber wird China kaum die Fähigkeit haben, einer einseitlichen Weltmarktumgebung der westeuropäischen Mächte, die in dieser Frage durchaus das gleiche Lebensinteresse haben, entgegenzutreten. Hat er China einmal seine alten wirtschaftlichen Bahnen verlassen, so ist eine Rückkehr zu einem früheren Zustand der Dinge nicht möglich.

„Vorwärts.“

Zur Frage der Verschmelzung des Eisenfelder-Bundes mit der Organisation.

Ersichtlich ist es, daß Dank der aufkläreren Agitation eines Teils und durch den Druck des kapitalistischen Wirtschaftssystems andererseits die Denksfreiheit u. Interessenslosigkeit der Arbeiterklasse immer mehr abnimmt und die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß eine kompakte Masse, also Organisation, nur allein imstande ist, nupbringend für das arbeitende Volk dem Kapitalismus gegenüber zu treten. Und nur wenige wird es geben, die nicht dem allein richtigen und gesunden Grundlage huldigen, daß die Organisationen mehr und mehr ausgebaut werden müssen, denn nur durch Verengung gleicher Körperpartien resp. Zentralisation kann etwas großes Ganzes erzielt werden. Wenn nun in dieser Hinsicht innerhalb unserer Organisation Schritte getan werden, so wäre doch sehr erfreulich, wenn es sich nicht um die Verschmelzung des Eisenfelder-Bundes mit der Organisation handeln würde. Von unserem prinzipiellen Standpunkte aus betrachtet wäre dieser Gedanke selbstverständlich richtig, wenn man nicht in Erwägung ziehen möchte, daß unter dem jetzigen Staatswirtschaftssystem ein Zusammenstoß zweier solcher Faktoren, welche nebenbei zum Teil einander feindlich gegenüberstehen, leider nicht rätlich, ja verwerflich ist. Abgesehen davon, daß wir durch diese Zwangsorganisation einen undemokratischen Zug begingen, so ist doch mit Recht schon zur Genüge auf die uns entgegenstehenden Schwierigkeiten hingewiesen worden und so viel steht doch fest, daß je nrezer gemeinschaftlichen Bewegung feindlich gegenüberstehenden Mitglieder des Eisenfelder-Bundes ihre Rechte nicht durch Beitritt zur Organisation neu erkaufen, sondern dieselben voransichtlich mit Erfolg, mit Hilfe des Geleges, zu wahren suchen. Die voraussetzlichen Folgen, welche uns daraus erwachsen, kann sich wohl jeder selbst ausmalen. Betrachten wir ferner das geplante preußische Vereinsgesetz, welches, trotzdem alle Parteien mehr oder weniger davon schädlich betroffen werden konnten, nur mit knapper Majorität zur Strafe gebracht wurde; betrachten wir insbesondere den beendeten Streik der englischen Maschinenbauer, so erleben wir schon daraus, daß, wenn es gilt mit Hilfe eines neuen Vereinsgesetzes, das sich einzig und allein nur gegen die Gewerkschaftsorganisationen richtet, um dieselben zu untergraben, so werden sämtliche Parteien im preuß. Landtage ohne Ausnahme für dieses Gesetz eintreten und unsere jetzt so vorteilhaft funktionierende und sicher stehende Krankenkasse hätte aufgehört zu werden. Ich denke, jeder politisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter leistet zum Ruhm der Allgemeinheit das ganze Jahr hindurch ohnehin genug an Beiträgen, mithin sollte man ihn wenigstens das eine, dem er mit Rücksicht auf sich und seine Familie angehört, lassen — eine gut funktionierende und für alle Fälle sicheres bestehende Krankenkasse. Wie ist es rätlichst, daß die verschiedenen Landeskonferenzen, zwar einsehend, daß die Verschmelzung bedeutende Schwierigkeiten mit sich bringt, den Beschluß gegiebt haben, diese Frage im Auge zu halten und für die Verwirklichung einzutreten. Ich sage von oben angeführten und gewiß sichhaltigen Gründen

aufgehend! fort für immer mit der Frage der Verschmelzung des Senefelder-Bundes mit der Organisation. Wir werden uns dadurch nur nützen, im entgegengegesetzten Falle aber schaden, denn viele, die meine Ansicht teilen, werden vielleicht im Falle einer Vereinigung der nun auf Nichts dahingehenden Kranke, wenn man diesen Ausdruck noch gebrauchen kann, den Rücken kehren und somit gezwungener Weise der Organisation.

Können wir deshalb die beiden Institutionen wie sie sind, denn eine Taube in der Hand ist besser als zwei auf dem Dache, da man nicht weiß, ob die beiden morgen noch zu haben sind. Ist diese Frage endgültig beilegt, so kann man mit Recht und gutem Gewissen dahin agitieren, daß sich alle Organisierte auch dem Bunde anschließen und dann können wir als Mehrzahl Reformen treffen, die noch besser wie jetzt der Allgemeinheit zu gute kommen. Bervollkommen wir auch unsere Organisation in der Weise, indem wir mit Hilfe höherer Beiträge Arbeitslohnunterstützung und Umzugskosten gewähren, wir werden dadurch sicher die uns bis dato fernstehenden, besonders Verbetreteter, gewinnen, ist ihnen doch damit ein kräftiger Rückhalt geboten. Arbeiten in dieser Weise die beiden Vereine getrennt, so wird die Zeit lehren, daß wir damit das Richtige getroffen haben. Herm. G. Halberstadt.

Strik der Lithographen und Steindrucker in Brüssel.

Dem „St. Anzeiger“ wird aus Brüssel geschrieben: Das belgische Gesetz verlangt, daß vom 1. Januar d. J. ab in jedem Fabrikbetrieb, der 10 Arbeiter beschäftigt, ein Arbeitsreglement ausgehängt werde, in welchem alle allgemein gültigen, sowie die jeder einzelnen Fabrik eigenümlichen (speziellen) Bedingungen angeführt sein müssen. — Hierbei steht natürlich die Arbeitszeit für jeden Fabrikbesitzer oben an, sowie selbige ja auch für die Arbeiter von dem größten Interesse ist. — So legt z. B. die belgische Regierung fest, daß Arbeiter unter 16 Jahren und Arbeiterinnen unter 21 Jahren nur 10 Stunden pro Tag beschäftigt werden dürfen, sowie daß allen Arbeitern innerhalb der 10 Std. drei Ruhepausen gewährt werden müssen, die zusammen 1 1/2 Stunden ausmachen müssen.

In fast allen hiesigen graphischen Betrieben ist die Arbeitszeit wie folgt eingeteilt: morgens von 7—12 Uhr, mit einer Frühstückspause von einer Viertelstunde, einer Ruhepause mittags von 1 1/2 Stunden, und nachmittags von 1 1/2—7 Uhr, mit einer Vesperpause von einer Viertelstunde.

Kraft alle Arbeiter der hiesigen Druckererei sind in Stundenlohn und wurde in den meisten Ateliers die Viertelstunde für Frühstück und Vesper von der Arbeitszeit abgerechnet.

Das Syndikat der lithographischen Arbeiter hatte den Prinzipalen ein Musterreglement zugesandt, in dem nur 10 Minuten für je Frühstück und Vesper propulvert waren, welche aber in je zu besagenden Stunden mit eingerechnet werden sollten. — Auch war der Punkt der in verschiedenen Establishments üblichen Strafen für Zutrittsschleusen etc. in demselben gar nicht berührt worden, jedoch für die Zukunft dem Chef einer Druckerlei tragend welchen Abzug an dem Wochenlohn zu machen nicht mehr gestattet gewesen wäre, und wohl auch nicht mehr sein wird, wenn die seitdem hieraus entstandene Arbeiterbewegung den Sieg davon trägt.

Dieses Reglement fand nicht die Billigung bei den meisten Drucker-Vorgesetzten.

Am vorstehenden Dienstag Morgen präsentirte sich eine Delegation der Arbeiter des bedeutenden Hauses J. E. Woohens, hier, bei ihrem Chef, um ihn zu fragen, ob er gewillt sei, an dem alten Brauche der Strafen und der von dem Volke abgesehenen Viertelstunden festzuhalten oder nicht, worauf Herr Woohens erwiderte, daß er gewillt sei, die Strafen wegzulassen zu lassen; dahingegen müsse er an dem Brauche festhalten betreffs der Viertelstunden für Frühstückzeit und Vesper, da er nicht gelonere, die Arbeiter für die Zeit zu bezahlen, in welcher ihm keine Arbeit geleistet würde. — Auf alle Fälle aber bedürfte er einer Frist von 24 Stunden, um sich mit den übrigen Prinzipalen von Brüssel zu beraten und er würde ihnen dann am nächsten Tage den Beschluß des Syndicates der Patrone zukommen lassen.

Auf diese Antwort hin legten die sämtlichen zahlreichen Arbeiter des Hauses die Arbeit nieder. Hierauf beschloßen fast alle Prinzipale der Stadt, welche sich vereinigt hatten, am anderen Morgen ihren Arbeitern mitzuteilen, daß sie sich gezwungen sähen, in Folge des Behaltens der Arbeiter der Firma Woohens sämtliche Arbeiter zu entlassen.

Seitdem wird in folgenden Establishments seit Mittwoch der vergangenen Woche nicht mehr gearbeitet:

J. E. Woohens, J. Stridaert-Deschamps, Gonveloos frères et Soeur, Soc. d. s. G. de la Presse (Banden-Verleger), Hoffin fils, Marc, Duv. A. Stridaert, Verpey, Mann, Ghis. Deedr. O. De Ryder. Boe. Maljeur, Trommer & Stasves. Van Campenhou siécs et Soeur, Jans & Co. — Von den nicht betriebsfähigen Häusern sind als die bedeutendsten zu nennen: Ad. Mertens und die Lithographie Internationale, welche beiden Institute ihren Arbeitern von jeher die fragliche halbe Stunde für die zwei Pausen als Arbeitszeit vergüteten. — Das Syndicat des Patrons Imprimeurs hat sich viele Mühe gegeben, um das Syndicat de la Fédération du Livre (Vereinigung für Buchdrucker-Interessen) zu veranlassen, ebenfalls in den Buchdruckerereien die Arbeit niederzuliegen, da, wie etliches voraussetzt, die Buchdrucker in hiesigen Ländern in dieser Lage verlegt sein werden, weil die Anführer der lithographischen Bewegung gerade Buchdrucker sind, die in hiesigen konditioneren, die zugleich Stein- und Buchdruck betreiben.

Dieser Vorstoß hat jedoch bis jetzt wenig Anklang

gefunden, da der Buchdrucker-Beizler und Präsident des Syndicat du Livre, Herr Bruglant, sich sehr dagegen ausgesprochen, indem er anführte, daß er in seinem bedeutenden Betriebe von jeher die fraglichen Viertelstunden bezahlt habe, und somit sein Engagement nicht zurückziehen könne, ohne gegen alle Logik zu verstoßen und bedauerte er, in dieser Sache nichts für seine Kollegen in der Lithographiebranche thun zu können. — In gleicher Weise haben sich noch verschiedene andere Buchdrucker ausgesprochen.

Korrespondenzen.

Jürth. Berichtigung! Im Auftrag der hiesigen Verwaltung sehe ich mich veranlaßt, insofern unrichtiger Verichterstattung von Seiten eines Kollegen, unter Bezugnahme auf einen Bericht vom 28. Januar in Nr. 4 d. Bl. den letzten Satz betreffend Nürnberger Verhältnisse, dahin richtig zu stellen, daß bei Bekanntwerden über das Gebahren des betreffenden Geschäftes, sich die Nürnberger Verwaltung sofort ins Zeug legte, und eine Geschäftsversammlung abhielt, welche im Einverständnis mit den dort arbeitenden Kollegen, das Resultat erzielte, daß die Feiertage weiter bezahlt werden, dagegen für Überstunden der zugelagte Procentsatz fernerhin in Wegfall kommt.

Hannover. In der Polemik zwischen dem Kollegen R. und Sch. in Hannover ist der R.-Korrespondent von dem eigentlichen Gegenstand abgelenkt, derselbe bringt Sachen zur Debatte, welche deutlich verraten, was mit der ganzen Schreiberlei bezweckt werden soll. Wir sind nun in der Lage, den Spieler, der den Kollegen R. verhält, etwas zu lästern. Wieder wird der Beweis geliefert, mit welchem „lauberen“ Mitteln unsere Gegner kämpfen und unter der Maske eines ehrlichen Gwonnens auftreten und lamunieren: eine ehrliche Kritik wäre nicht mehr möglich. In Wahrheit wird aus einer Rüde ein Elephant gemacht, aber das schadet nichts, das ist ein Mittel zum Zweck. Wer ist denn nun eigentlich der R.-Korrespondent? Aus guter Quelle erfahren wir, daß der Kollege K. A.—r. mit dem R.-Korrespondenten identisch ist. Man können wir auf Grund langjähriger Bekanntschaft mit demselben läßt behaupten, daß Kollege K. A.—r. viel zu gumütig ist und die Artikel nicht selbständig verfaßt hat. Wir hätten im großen und ganzen ja dagegen nichts einzuwenden gehabt, wenn jene „Geheimräte“ in die Artikel nicht Sätze hinein lanciert hätten, die niemals geistiges Eigentum des Kollegen K. A.—r. resp. des R.-Korrespondenten sind. Es ist tief zu bedauern, daß Kollege K. A.—r. seinen Namen dazu hergegeben hat und sich als Werkzeug im Sinne jener Geheimräte gebrauchen ließ und die Möglichkeit gab, Verdächtigungen und Verleumdungen gegen die Leiter und einige Mitglieder der Jahrestelle Hannover an den Mann zu bringen. Alles angeht aus Gegnerschaft gegen die Verschmelzung. Die Versammlungen der Organisation werden als Nudaus-Versammlungen hingestellt, wozwegen die Versammlungen des Senefelder-Bundes in höchster Eintracht verließen. Wir sind in der Lage, recht viele Epitheten aus der Verwaltungsstelle des Senefelder-Bundes Hannover aufzusuchen, wollen uns aber einer so niedrigen Gesinnung, für den Ausdruck eines einzelnen die ganze Korporation verantwortlich zu machen, nicht schuldig machen. Daß die „Geheimräte“ des Kollegen K. A.—r. auf diesem Gebiete bewandert sind, haben sie bewiesen. Und das nennen die Gegner eine christliche Kritik. — Nochmals erkläre wir bei dieser Gelegenheit, daß Kollege Sch. gegen persönliche Anzuspinnungen von Seiten des R.-Korrespondenten und ganz besonders seiner Geheimräte unempfindlich ist. Da diese Polemik eine andere Wendung genommen hat und die Geheimräte des R.-Korrespondenten einer wahren Vuchstheppermanier sich befleißigen, so verzichten wir auch als angegriffener Teil auf jede weitere Diskussion. Wir glauben es mit achtbaren Gegnern zu thun zu haben. Jene Elemente haben alle Anlage zum „selbstwählenden Aufstrebens“, von denen übrigens der Senefelder-Bund auch nicht frei geblieben ist. Zum Schluß vermerken wir nochmals die Streittfrage. Der Anlaß zu dieser Auseinandersetzung war, daß einige Kollegen der modernen Richtung die Kühnheit hatten, in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Senefelder-Bundes die Verschmelzung desselben mit der Organisation anzugehen. Das Resultat ist bekannt. Nun glauben die Gegner ihrer Sache zu dienen, wenn sie die Bestirnwörter der Verschmelzung verunglimpfen. Aber weit gefehlt! Trotz aller persönlichen Anfeindung agitieren wir weiter für Verschmelzung und hoffen die Frage auf der Generalversammlung des Senefelder-Bundes einen tüchtigen Schritt weiter zu dringen, denn die Verschmelzung ist eine Notwendigkeit für die Gesamtheit der Kollegen Deutschlands. Vermittlung Schluß von meiner Seite in dieser Sache.

Hannover. Durch die Korrespondenz des Kollegen R., in Wirklichkeit vielmehr des Steindruckers K. A. r in Nr. 6 der „Gr. Pr.“, sehe ich mich veranlaßt, die dabeist gemachten Anzuspinnungen auf meine Person richtig zu stellen. So wie es A. r bisher bei seinen gemachten Ausführungen nicht so genau mit der Wahrheit nahm, ebenso ist es auch hier, wo er die Behauptung aufstellt, daß ein Kollege den Vorschlag gemacht habe, ein R.-Korrespondenten anzuspinnen. Ein ähnlicher Ausdruck ist von mir gebraucht worden, dieses will ich durchaus nicht leugnen, aber bei einer ganz anderen Gelegenheit, die mit dem R.-Korrespondenten in gar keiner Verbindung stand. Es beweist dies deutlich, daß Kollege A. r die kleinlichsten Vorwünisse heranzieht, um damit die Jahrestelle sowie deren Bewaltung in Mißkredit zu bringen. Die ganze Art der Bekämpfung seitens des R.-Korrespondenten nimmt überhaupt einen dermaßen persönlichen Charakter an, daß er damit durchaus nicht überzeugen kann, sondern es einen nur anwöhrt, wenn man solches Geschreibsel

liest. Außerdem ist es sehr eigentümlich, wie Kollege A. r für alles den Wahrheitsbeweis antreten will, wie er ausführte, dabei ist er in seiner Verammlungen des Vereins der graph. Arbeiter und Arbeiterinnen zu sehen, er erfährt somit alles eist durch seine Hintermänner. Was dies aber für Kollegen sind, das möge folgendes Beispiel beweisen Als in der betreffenden Versammlung eine Resolution angenommen wurde, da waren auch jene Leute tapfer für dieselbe, doch als sie den ersten Schritt aus dem Versammlungstokal heraus waren, da ging das resonieren los. Nur die Verschmelzung veranlaßt mich, den Raum der „Gr. Pr.“ in Anspruch zu nehmen, indem ich glaube, daß die unehrliche Kampfesweise des K. A. ins richtige Licht damit gestellt zu haben. Lasse mich aber auch auf fernere Anzuspinnungen nicht ein, da es schade um jede Zeile wäre, die hier nur unnütz den Raum verstopfte.

Wilhelm Klare.

Hiermit schließen wir die Debatte in dieser Angelegenheit. Die Redaktion.

Kassel. Wiederholt zur Beachtung empfohlen! Kollegen, welche auf Grund von Offerten hier Stellung zu nehmen gedenken, werden gut thun (unter Befügung von Rückporto und Angabe der Buchnummer) vorher bei den Bevollmächtigten R. Gungler Bildmansgasse Nr. 26 Erkundigungen einzuziehen.

Fragekasten.

Unter dieser Rubrik soll ein gegenseitiger **Wannungs** Austausch über technische und fachwissenschaftliche Fragen herbeigeführt werden. Die bitten unsere Leser, von dieser Einrichtung den weitgehendsten Gebrauch, sowohl bezüglich der Fragestellung, als auch deren Beantwortung zu machen.

Frage: Woran liegt das Abreißen der Krete bei Abzügen auf weißes Leberdruckpapier (Drillner Papier) und wie ist es zu verhüten?

Antwort: Das Abreißen kann seinen Grund darin haben, daß das Papier feucht liegt oder daß der Stein nicht genügend trocken gemacht ist. (Der Stein muß bekanntlich vor dem Auslegen des Umbrudpapiers trocken gemacht werden.) Führen vorliegende Maßnahmen nicht zum Ziel, so liegt das Uebel am Papier selbst.

Bzüglich der Anfrage betreffs eines Wertes über Perspektive, in Nr. 5, empfiehlt ein Kollege folgende Werte: Kleinere Werke: J. F. Feisch, Anleitung zum Studium der Perspektive, bearbeitet nach der Dantschen Auflage, von Scholz, Leipzig 1877. G. Seeburger, Prinzipien der Perspektive, 5. Auflage, München. Guido Schreiber, Lehrbuch der Perspektive, 2. Auflage, Leipzig. W. Kieber, Katechismus der angew. Perspektive Leipzig 1896. (Behers illustrierter Katechismus Nr. 137.) J. Scholtz, Lehrbuch der darstellenden Geometrie, Dresden 1894 (3. Teil Perspektive). — Größere Werke: Wiener Lehrbuch der darstellenden Geometrie, 2 Bände, Leipzig. Rohm & Pappent, Lehrbuch der darstellenden Geometrie, 2 Bände, Leipzig.

Für die englischen Maschinenbauarbeiter

gingen bis zum 15. Februar ein, aus: Bremen 1. Rate Nr. 25,55. Berlin Chemlar. 2. Rate Nr. 20,60. Bndum 3. Rate Nr. 2,10. Bonn 1. Rate Nr. 3. Brandenburg 3. Rate Nr. 2,90. Chemnitz 4. Rate Nr. 9,85. Köln a. Rh. 1. Rate Nr. 6,70. Dessau 1. Rate Nr. 7,05. Einbecl 3. Rate Nr. 5,75. Gera 1. Rate Nr. 21,05. Magdeburg 1. Rate Nr. 7,30. Wänden 9. Rate Nr. 28,90. Neu-Muppin 2. Rate Nr. 6,65. Neapel 1. Rate Nr. 13,25. Durch deutsche Kollegen von Richter & Co. Summa Nr. 160,65, bereits quittiert Nr. 2320,74 Summa Nr. 2487,39. Nebenbeiligt f. E. irtlichlich mit verrechnet, daher wieder zurück Nr. 44,55. Gesamtsumma: Nr. 2442,84.

Hiermit erklären wir den Schluß der Sammlungen, erlöchen die Listen einzuziehen und uns diese mit den Restbeträgen einzufenden. Gesamte Abrechnung folgt später. Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

H. F. O., Nürnberg. Anonyme Anfragen werden nicht beantwortet.

Anzeigen.

Deutscher Senefelder-Bund
allgemeine Unterstützung- und Invaliden-Kasse.
Mitgliedschaft Leipzig.

Einladung zu der am Montag, den 21. Februar, abends pünkt 7 1/2 Uhr, im Saale der „Flora“, Leipzig, Windmühlenterrasse, stattfindenden

Mitglieder-Versammlung.

Das Versäumen dieser Versammlung wird mit 25 Pf. bestraft. Der Mitgliedschaftsvorstand.

Leipzig, Restaurant „Graphia“

Vertebralokale aller graphischen Arbeiter.
Jeden Freitag **Elitetag.**
Hierzu ladet ergebenst ein **O. Grelmann.**
Frauen-Abend.